



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 6/2011  
März 2011 (2)

### Einsatz in Libyen

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Bundesregierung hat Sorge, dass das UN-Mandat zu Libyen nicht zu Ende gedacht ist. Deshalb wird sich Deutschland nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen und hat sich daher im Sicherheitsrat enthalten. Das Ziel des Einsatzes ist nicht genügend beschrieben. Auch von Bodentruppen ist keine Rede, obwohl man sie wahrscheinlich brauchen wird.

Ich wundere mich schon über manche Wortmeldung: Seit Jahren stehen wir wegen des Einsatzes in Afghanistan unter großer Kritik. Dieselben Kritiker werfen uns jetzt Untätigkeit in Libyen vor.

Deutschland bietet aber der NATO zusätzliche Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan an. Dies geschieht auch mit dem Ziel, unsere Verbündeten für ihren Einsatz in Libyen zu entlasten. Am Freitag haben wir ein Mandat beschlossen, mit dem die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich wird.

---

### Steuervereinfachungsgesetz in 1. Lesung

Das Steuervereinfachungsgesetz wurde heute vom Bundestag behandelt. Hauptsächlich Arbeitnehmer, aber auch Unternehmen, sollen von überflüssiger Bürokratie bei der Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten entlastet werden. Ein Referentenentwurf zur Unternehmensteuervereinfachung wird bis Herbst folgen. Künftig müssen abgeltend besteuerte Kapitaleinkünfte nicht mehr im Rahmen der zumutbaren Eigenbelastung oder des Spendenabzugsvolumens berücksichtigt werden. Ein Weniger an Prüfaufwand kann auch durch nichtgesetzliche Maßnahmen wie die Vereinfachung von Steuererklärungsvordrucken oder den verstärkten Einsatz von IT erreicht werden. Kinderbetreuungskosten können künftig unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Eltern bis zum 14. Lebensjahr einheitlich als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Eine Seite der Anlage Kind wird dadurch überflüssig. Die Ende vergangenen Jahres von der veröffentlichten Meinung deswegen befürchtete automatische Erhöhung von Kita-Gebühren wird mittels einer speziellen Regelung



im Einkommensteuergesetz verhindert.

Künftig wird für den Kindergeldanspruch nicht mehr geprüft, ob das Kind eigene Einnahmen und Bezüge von mehr als 8.004 € hat. Die umfangreiche Belegsammelei sowie die komplizierte Prüfung durch die Finanzämter, die letztlich in 98 Prozent aller Fälle keinerlei Auswirkungen auf das Kindergeld hat, fallen weg.

Wir werden außerdem im Rahmen der Beratungen eine Entfristung der geltenden Regelung zur Ist-Besteuerung prüfen. Ab 2012 würde die Umsatzgrenze, bis zu der die Umsatzsteuer erst nach Bezahlung durch den Leistungsempfänger an das Finanzamt abgeführt wird, von 500.000 € wieder auf 250.000 € zurückfallen. Aus Gründen der Liquiditätssicherung des Mittelstands sollte eine Fortführung ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Problematisch bleibt hier die Gegenfinanzierung.

---

### Kabinett beschließt Familienpflegezeit

Derzeit werden rund 1,6 Mio. von 2,38 Mio. Pflegebedürftigen zuhause versorgt. Für Arbeitnehmer soll es nun leichter werden, die Pflege von Angehörigen mit dem Beruf unter einen Hut zu bringen. Das Bundeskabinett billigte Pläne für eine Familienpflegezeit ab 2012. Beschäftigte sollen dann bis zu zwei Jahre lang ihre Arbeitszeit reduzieren dürfen und 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens erhalten, wenn sie die Arbeitszeit in der Pflegephase von 100 auf 50 Prozent reduzieren. Dies muss später wieder ausgeglichen werden.

---

### **Aussetzung der Wehrpflicht verabschiedet**

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag die Aussetzung der Wehrpflicht beschlossen. Die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls wird ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt werden. Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienst Leistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens 12 Monate dienen.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht gehen wir einen ersten substantiellen Schritt bei der Reform der Bundeswehr hin zu einer leistungsfähigen Armee, die konsequent an den Bedürfnissen des Einsatzes ausgerichtet wird. In den kommenden Monaten werden mit dem Umbau des Ministeriums und der Festlegung künftiger Standorte weitere Schritte folgen. Wir werden die Thüringer Standorte im Auge haben und darauf achten, dass sie möglichst wenig von einem Abbau betroffen sind.

---

### **Bundesfreiwilligendienst beschlossen**

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Das wollen wir als Chance nutzen, um mit der Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD) künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot zu schaffen, unser Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Der BFD wird Männern und Frauen jeden Alters offen stehen. Der Einsatz im BFD soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern.

Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes unterstützen wir die Länder beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste und fördern das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver.

Als unglücklich betrachten die Verbände die unterschiedliche Behandlung beim Kindergeld: Während es bei den Jugendfreiwilligendiensten gewährt wird, ist dies im BFD nicht möglich. Ein entsprechender Prüfauftrag wurde im Finanzausschuss beschlossen.

---

### **Förderung für Kitas**

Sechs Erfurter und eine Weimarer Kita erhalten im Rahmen des Bundesprogramms „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ eine Förderung in Höhe von je 25.000 Euro jährlich bis 2014. Damit werden die Einrichtungen Halbtagesstellen für zusätzliches, zur Sprachförderung insbesondere von unter 3-Jährigen

einrichten. In Erfurt waren folgende Einrichtungen mit ihrem Antrag erfolgreich: Spatzennest am Park, KITA Kinderland, Kinderland am Zoo, Regenbogenland, Kindergarten Riethzwerge und die Kita Spatzennest am Zoo. In Weimar kann sich das Kinderland in der Moskauer Straße über die Förderung freuen. Insgesamt fließen so 700.000 Euro Bundesmittel in die Förderung von Erfurter und Weimarer Kindern.



Gemeinsam mit der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Gerda Hasselfeldt MdB, besichtigte ich das Jugendhaus „Erfurter Brücke“. Marko, Christopher, Lisa-Marie, Lisa und ihr Klassenlehrer Herr Strupp diskutierten mit uns über unsere politische Arbeit.

---

### **Anerkennung ausländischer Abschlüsse**

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen beschlossen. Das Gesetz schafft einen Rechtsanspruch auf eine zeitnahe Prüfung von im Ausland erworbener Berufsabschlüsse, um festzustellen, ob diese dem deutschen Abschluss entsprechen. Wird die Anerkennung abgelehnt, hat der Bewerber die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren, um in einem neuen Anlauf die Anerkennung zu erreichen. Das Verfahren wird vereinheitlicht, eine zentrale Anlaufstelle für erste Informationen wird eingerichtet. Das Gesetz umfasst alle Berufe, deren Abschlüsse auf Bundesebene geregelt seien. Mit den Bundesländern gibt es darüber hinaus Absprachen, dass diese entsprechende Regelungen für Berufe wie Lehrer, Ingenieure und Erzieher treffen.

---

### **Impressum**

Antje Tillmann MdB

[antje.tillmann@bundestag.de](mailto:antje.tillmann@bundestag.de)

Redaktion: Johannes Nehlsen, 25. März 2011